

Bitte füllen Sie dieses Formblatt sorgfältig in Druckschrift aus und kreuzen Sie Zutreffendes an.

# Formblatt 7

**Hinweis:** Die Antragstellenden und die in Zeile 7 genannten Personen sind nach § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch bzw. § 47 Abs. 4 BAföG i. V. m. § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch verpflichtet, alle Tatsachen anzugeben, die für die Sachaufklärung erforderlich sind, und die verlangten Nachweise vorzulegen. Ihre Angaben sind gemäß den Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über den Antrag notwendig. Kommen sie ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, kann die Ausbildungsförderung nach dem BAföG versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch). Weitere Informationen zu den datenschutzrechtlichen Informationsrechten nach Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) sind unter: <https://www.bafög.de/hinweis> zu finden.

Förderungsnummer									
Eingangsstempel									

Zeile

1	Name der/des Auszubildenden	Geburtsname
2	Vorname	Geburtsdatum

## 3 Antrag der/des Auszubildenden auf Aktualisierung nach § 24 Abs. 3 BAföG

4 Der Antrag auf Aktualisierung kann nur bis zum Ablauf des Bewilligungszeitraums gestellt werden (Ausschlussfrist).  
5 Für die Entscheidung über diesen Antrag muss auch die Erklärung auf Formblatt 3 für das vorletzte Kalenderjahr vorliegen.

6 Für den Bewilligungszeitraum von 

Monat	Jahr

 bis 

Monat	Jahr

 beantrage ich,

dass bei der Anrechnung des Einkommens meines/meiner

7  Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners  Vaters  Mutter

**Die Aktualisierung ist ggf. für jede Person, die Einkommen bezieht, gesondert zu beantragen!**

von den Einkommensverhältnissen im Bewilligungszeitraum ausgegangen wird, weil sein/ihr Einkommen im Bewilligungszeitraum voraussichtlich wesentlich geringer sein wird als das im Formblatt 3 erklärte Einkommen.

### 8 Mir ist bekannt, dass

- 9 - Ausbildungsförderung auf der Grundlage der aktuellen Einkommensverhältnisse unter dem Vorbehalt der Rückforderung geleistet wird,
- 10 - ich unverzüglich und unaufgefordert alle Änderungen mitteilen muss,
- 11 - ich unverzüglich und unaufgefordert die für die endgültige Feststellung des Einkommens erforderlichen Unterlagen vorlegen muss,
- 12 - ich verpflichtet bin, eine sich bei der endgültigen Berechnung ergebende Überzahlung zu erstatten,
- 13 - ich nach Bekanntgabe der positiven Entscheidung über einen Antrag auf Aktualisierung - auch bei einer Einkommensverbesserung - nicht mehr verlangen kann, dass das Einkommen aus dem vorletzten Kalenderjahr angerechnet wird.

14 

Ort, Datum
Unterschrift der/des Auszubildenden

Ort, Datum
Unterschrift der gesetzlichen Vertreterin/des gesetzlichen Vertreters* der/des Auszubildenden

\* Nur erforderlich bei Auszubildenden unter 15 Jahren (immer) und bei minderjährigen Auszubildenden über 15 Jahren, die eine höhere Fachschule, Akademie oder Hochschule besuchen oder ein Praktikum absolvieren, das hiermit im Zusammenhang steht.

## 15 Erklärung der Einkommensbezieherin/des Einkommensbeziehers

16 Gründe für die Einkommensminderung (z. B. Bezug von Arbeitslosengeld, Altersruhegeld, Erwerbsminderungsrente):

17 


21 Um die Einkommensminderung glaubhaft zu machen, füge ich folgende Belege bei (z. B. Rentenbescheid oder Bescheid über Arbeitslosengeld, bei Selbständigen die letzten Umsatzsteuererklärungen in Kopie):

22 


26 Die Einkommensminderung wurde/wird wirksam ab

Monat	Jahr

### 27 Art der Erwerbstätigkeit

28  erwerbstätig als rentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in (z. B. Arbeiter/in, Angestellte/r) oder in Ausbildung, und zwar seit

Monat	Jahr

29  erwerbstätig als nichtrentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in oder als Person im Ruhestandsalter, die einen Anspruch auf Alterssicherung aus einer renten- oder nichtrentenversicherungspflichtigen Beschäftigung oder Tätigkeit hat (z. B. Beamtin/Beamter oder Beamtin/Beamter im Ruhestand, Altersrentner/in), und zwar seit

Monat	Jahr

30  erwerbstätig als Nichtarbeitnehmer/in (z. B. Selbständige/r) oder auf Antrag von der Versicherungspflicht befreite/r oder auf Antrag wegen geringfügiger Beschäftigung versicherungsfreie/r Arbeitnehmer/in, **B** und zwar seit

Monat	Jahr

31  Personen im Ruhestandsalter, soweit nicht erwerbstätig, und sonstige Nichterwerbstätige und zwar seit

Monat	Jahr

**B** Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

Zeile		Name, Vorname der/des Auszubildenden	Name, Vorname der/des Erklärenden
32	Die Jahreseinkommen, die der Berechnung des Einkommens im Bewilligungszeitraum zugrunde zu legen sind, werden sich voraussichtlich wie folgt zusammensetzen (künftige Erhöhungen wie z. B. Tarifierhöhungen bitte berücksichtigen):		
33	<b>Ich habe Einnahmen im Sinne der Zeilen 36 bis 46, 51 bis 58</b> <input checked="" type="checkbox"/>		<b>1. Jahr</b> <b>2. Jahr</b>
34	<input type="checkbox"/> <b>nein</b> <input type="checkbox"/> <b>ja, und zwar:</b>	01.01. bis 31.12.20 <input type="text"/>	01.01. bis 31.12.20 <input type="text"/>
35	Einkünfte bis zum Zeitpunkt der Antragstellung:	<b>in vollen Euro (Jahressummen)</b>	<b>in vollen Euro (Jahressummen)</b>
36	positive Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
37	positive Einkünfte aus Gewerbebetrieb	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
38	positive Einkünfte aus selbständiger Arbeit	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
39	positive Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit einschl. Versorgungsbezügen, Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld - auch Abfindungen und Einnahmen aus Mini-Jobs	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
40	Einnahmen, die gemäß Auslandstätigkeitserlass nicht versteuert werden	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
41	positive Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
42	Brutto-Einkünfte aus Kapitalvermögen (z. B. Sparzinsen)	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
43	Sonstige Einkünfte (ohne Rentenanteile)	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
44	Brutto-Renten aus gesetzlichen und/oder	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
45	privaten Rentenversicherungen	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
46	Unfallrenten	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
47	voraussichtl. Lohn-/Einkommensteuer	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
48	Kirchensteuer	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
49	Solidaritätszuschlag	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
50	Gewerbesteuer	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
51	Arbeitslosengeld/Unterhaltsgeld	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
52	Krankengeld (netto)	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
53	Insolvenzgeld	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
54	Übergangsgeld	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
55	Kurzarbeitergeld	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
56	Aufstockungsbeträge nach dem Altersteilzeitgesetz bzw. vergleichbare Leistungen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen oder Betriebsrenten	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
57	weitere Einnahmen nach der BAföG-Einkommensverordnung (abgedruckt in den Erläuterungen zu Formblatt 7), und zwar	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
58		Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
59	geförderte Altersvorsorgebeiträge nach § 82 EStG (Beiträge zur "Riester-Rente") <input checked="" type="checkbox"/>	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
60	Kinderbetreuungskosten nach § 10 Abs. 1 Nr. 5 EStG <input checked="" type="checkbox"/>	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
61	<b>Mir ist bekannt,</b>		
62	- dass ich verpflichtet bin, jede Änderung meiner Einkommensverhältnisse, über die ich Erklärungen abgegeben habe (Zeile 36 bis 60), unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung schriftlich mitzuteilen (z. B. Tarifänderung, Sonderzahlungen, Abfindungen nach Kündigung, Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nach Arbeitslosigkeit etc.);		
63	- dass ich verpflichtet bin, die für die endgültige Feststellung des Einkommens im Bewilligungszeitraum erforderlichen Unterlagen (insbesondere Steuer- und Rentenbescheide und Leistungsbezugsbescheinigungen) unverzüglich und unaufgefordert dem Amt für Ausbildungsförderung vorzulegen;		
64	- dass falsche oder unvollständige Angaben, das Unterlassen von Änderungsanzeigen sowie die nicht unverzügliche und unaufgeforderte Vorlage der für die endgültige Feststellung des Einkommens erforderlichen Unterlagen (insbesondere Steuer- und Rentenbescheide und Leistungsbezugsbescheinigungen) strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können;		
65	- dass ich verpflichtet bin, Beträge zu ersetzen, die durch vorsätzlich oder fahrlässig falsche Angaben oder durch Unterlassung einer Änderungsanzeige geleistet wurden und dass die Leistungen aus öffentlichen Kassen, die zu Unrecht gezahlt wurden, zu verzinsen sind;		
66	- dass meine Angaben in dieser Erklärung beim zuständigen Sozialleistungsträger, beim Finanzamt und bei meinem Arbeitgeber durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 Abgabenordnung (AO) beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden können, wenn die Voraussetzungen vorliegen.		
67	Ich versichere, dass ich die Angaben nach bestem Wissen richtig und vollständig gemacht habe und dass im amtlichen Formblatt keine Änderungen vorgenommen wurden.		
68	Ort, Datum	Unterschrift der/des erklärenden Einkommensbezieherin/s	

Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.